

+43 1 531 20-0
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.370.388

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 18524/J-NR/2024 betreffend Maßnahmen zur Stärkung der Wehrhaften Demokratie, die die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen am 15. Mai 2024 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Welche Budgetmittel waren im BVA 2020, 2021, 2022, 2023 und 2024 für jeweils welche Maßnahmen für Demokratiebildung sowie Deradikalisierung durch welche Organisationseinheit Ihres Ressorts bis wann, mit welchem Wirkungsziel und in welchem Zeitraum veranschlagt?*

Für die Abwicklung von Begleitmaßnahmen, von Förderungsprogrammen im Wege der OeAD GmbH (Agentur für Bildung und Internationalisierung) sowie für Aktivitäten zur Politischen Bildung und der Holocaust Education waren bzw. sind in den Finanzjahren 2020 bis 2024 folgende Mittelverwendungen Bestandteil der jährlichen Bundesvoranschläge:

Gegenstand / in EUR	BVA 2020	BVA 2021	BVA 2022	BVA 2023	BVA 2024	Zusätzliche Vorsorge 2024
Abwicklung von Begleitmaßnahmen sowie von Förderprogrammen im Wege der OeAD GmbH (Agentur für Bildung und Internationalisierung)						
• <i>Extremismusprävention</i>	-	-	-	880.000	1.485.000	1.500.000
• <i>Besuch von KZ-Gedenkstätten</i>	-	-	-	-	277.000	1.000.000
• <i>erinnern.at</i>	-	-	830.000	846.000	846.000	-
Aktivitäten zur Politischen Bildung und Demokratiebildung						
• <i>Zentrum polis (www.politik-lernen.at) sowie ein Teil der Leistungen von erinnern.at (bis inkl. 2021)</i>	334.600	347.000	238.900	229.500	252.200	
Maßnahmen in Belangen der Politischen Bildung sowie der Holocaust Education						
• <i>Politische Bildung¹</i>	379.792	367.588	227.428	240.813	237.030	
• <i>Holocaust-Education²</i>	338.950	328.500	65.224	90.000	70.000	
Summe	1.053.342	1.043.088	1.361.552	2.286.313	3.167.230	2.500.000

¹ (Politische Bildung/Europaerziehung)

² (Erinnerungskultur; Holocaust-Education und Prävention von Antisemitismus durch Bildung)

Im Rahmen der Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen und Schultypen seit April 2022 in kostenlosen Workshops für die Gefahren von radikalen Ideologien sensibilisiert und in ihrer Resilienz gegenüber Radikalisierung gestärkt. Im Rahmen der Initiative bieten 54 Organisationen insgesamt 118 Workshopformate der Primärprävention an. Die Angebote sind abrufbar unter <https://extremismuspraevention.oead.at/ep/angebote>.

Von April 2022 bis Dezember 2023 konnten bereits rund 67.750 Schülerinnen und Schüler mit 3.048 Workshops erreicht werden.

Um Extremismusprävention weiter zu forcieren, sollen in den nächsten drei Jahren (2024 bis 2026) weitere 3.000 Workshops pro Jahr angeboten werden, wodurch rd. 160.000 Schülerinnen und Schüler über die gesamte Laufzeit österreichweit erreicht werden sollen. Dafür ist ein Budget in Höhe von EUR 6 Mio. (Finanzierungsvereinbarung 2024 bis 2026 – OeAD-GmbH) vorgesehen.

Zu den Themenbereichen „Zentrum polis“, „KZ-Gedenkstätten-Besuch“, „erinnern.at“ und „Holocaust-Education“ wird auf die Beantwortungen der Fragen 5 und 6 verwiesen.

Die Ressortstrategie „DNAustria“ leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu den Themen Demokratiebildung sowie Deradikalisierung, wobei diesbezüglich auf die einschlägige Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 17858/J-NR/2024 vom 15. Februar 2024 verwiesen wird.

Zu Frage 4:

- *Laut der Budgetanfragebeantwortung soll sich die "Verankerung von Lehrstoffinhalten der Politischen Bildung als fächerübergreifendes Thema bzw. Unterrichtsprinzip in allen Schularten ab der 6. Schulstufe in Gegenständen sowie intensiv im Gegenstand "Geschichte und Politische Bildung"" im BVA-E 2024 der Untergliederung 30 im Ausmaß von rund EUR 30,0 Mio. niederschlagen?*
- a. Wie lassen sich die 30 Mio € genau aufschlüsseln?*
 - b. Welche genauen Maßnahmen sind damit verbunden?*
 - i. Beinhaltet das auch legislative Maßnahmen?*
 - 1. Wenn ja, welche genau?*
 - c. Sind die Schaffung von Planstellen damit verbunden?*
 - i. Wenn ja, wie viele für welche Bereiche?*

Bei den für „Politische Bildung“ genannten Beträgen handelt es sich insbesondere um anteilige Lehrpersonalkosten für die Lehrstoffinhalte im Rahmen des übergreifenden Themas sowie für die Unterrichtseinheiten „Politischen Bildung“ ab der 6. Schulstufe, die sich aus der starken Verankerung von Politischer Bildung in allen Lehrplänen ergeben.

Zu Frage 5:

- *Laut der Budgetanfragebeantwortung wird hinsichtlich Deradikalisierung "auf einschlägige, im Wege der OeAD GmbH abgewickelte Förderungsprogramme des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung hingewiesen. Dazu zählen insbesondere Förderungen in Belangen der Extremismusprävention sowie des Besuchs von KZ-Gedenkstätten durch Schülerinnen und Schüler. Für diese Förderungsprogramme ist im BVA-E 2024 der Untergliederung 30 mit zusätzlichen insgesamt EUR 2,5 Mio. vorgesorgt." Bitte um genaue Aufschlüsselung der veranschlagten 2,5 Mio €.*
- a. Wie sind diese Förderungsprogramme ausgestaltet?*
 - i. Welche Vereine, Organisationen, Kurse, etc... werden damit gefördert?*
 - 1. Zu jeweils welchem Zweck werden diese Förderungen ausgesprochen?*

Die in Rede stehenden zusätzlichen insgesamt EUR 2,5 Mio. beziehen sich auf folgende Vorhaben:

Gegenstand	in EUR
Extremismusprävention Ausbau	1,5 Mio.
Mauthausen-Programm	1,0 Mio.

Die Abwicklung von Begleitmaßnahmen sowie Förderungsprogrammen erfolgt im Wege der OeAD GmbH.

Zum Besuch der KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Gusen sowie der KZ-Außenlager-Gedenkstätten Melk und Ebensee sind folgende pauschalen Förderungen vorgesehen:

- EUR 250 pro Schulklasse/klassenübergreifende Schülergruppe bei Gesamtkosten von mindestens EUR 250 sowie einer Entfernung von bis zu 100 Straßen-km zwischen Schulstandort und Gedenkstätte.
- EUR 250 pro Schulklasse/klassenübergreifende Schülergruppe bei Gesamtkosten von mindestens EUR 250 und maximal EUR 499,99 sowie einer Entfernung von über 100 Straßen-km zwischen Schulstandort und Gedenkstätte.
- EUR 500 pro Schulklasse/klassenübergreifende Schülergruppe bei Gesamtkosten ab EUR 500 sowie einer Entfernung von über 100 Straßen-km zwischen Schulstandort und Gedenkstätte.

Für die Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ wird auf die Ausführungen bei der Beantwortung der Fragen 1-3 verwiesen.

Zu Frage 6:

- *Gemäß Entschließungsantrag betreffend Prävention von Extremismen (3717/A(E); <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/3717>) wurden Sie, Herr Bundesminister, aufgefordert, in ihrem Wirkungsbereich Maßnahmen zu ergreifen, die eine zielgerichtete und wirksame Bekämpfung von Antisemitismus vorantreiben, sowie Extremismus von linker, von rechter oder von islamistischer Seite präventiv entgegenwirken. Insbesondere ist für folgendes zu sorgen:*
- a. Lehrkräfte sollen mit zusätzlichen Unterrichtsmaterialien und Informationen sowie Handlungsanleitungen zu aktuellen Themen unterstützt werden (fächerübergreifende Themen „Politische Bildung“ und „Medienbildung“, „erinnern.at“). Wurden hierzu schon Maßnahmen gesetzt?*
 - i. Wenn ja, welche?*
 - ii. Wenn nein, warum nicht?*
 - b. Thematisch passende Schulveranstaltungen und Exkursionen sollen weiterhin ausdrücklich empfohlen und gefördert werden (NS-Gedenkstätten und Begleitprogramm, Zeitzeugen). Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?*
 - i. Wenn ja, welche?*
 - ii. Wenn nein, warum nicht?*
 - c. Die bestehenden Workshops zur Demokratiebildung und Extremismusprävention an den Schulen sollen intensiviert und deutlich ausgeweitet werden, wobei auch in ländlichen Gebieten Angebote zur Verfügung stehen. Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?*
 - d. Die Zusammenarbeit mit auf Extremismusprävention spezialisierten NGOs, Vereinen und Fachleuten sollen fortgeführt und 2024 ausgeweitet werden. Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?*
 - i. Wenn ja, welche?*

ii. Wenn nein, warum nicht?

e. Der Schwerpunkt zur Extremismusprävention und Demokratiebildung in der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung soll weitergeführt und ab dem Studienjahr 2024/25 deutlich ausgeweitet werden (in- und außerhalb der PHs). Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?

i. Wenn ja, welche?

ii. Wenn nein, warum nicht?

f. Die Angebote des Parlaments zur Demokratiebildung des Parlaments an den Schulen sollen aktiv beworben werden. Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?

i. Wenn ja, welche?

ii. Wenn nein, warum nicht?

g. Die Bildungsdirektionen sollen ausreichend gerüstet sein, sodass zu den oben genannten Punkten anfragende Schulleitungen in akuten Bedarfsfällen unterstützend, stärkend und begleitend zur Seite gestanden werden kann (etwa mit konkreten Handlungsanleitungen, rechtlicher Beratung ...). Wurden hierzu schon Maßnahmen erlassen?

i. Wenn ja, welche?

ii. Wenn nein, warum nicht?

Einleitend wird auf die Ausführungen zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

Zu lit.a ist anzumerken, dass das Zentrum polis Schulen und auch außerschulische Bildungseinrichtungen unterstützt. Auf der Website www.politik-lernen.at werden Downloads zu den vielfältigen Themen der Politischen Bildung sowie zur Prävention von Antisemitismus und zum Umgang mit unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Identitäten im Klassenraum angeboten.

Zusätzlich bereitet die Zeitschrift „polis aktuell“ Themen der Politischen Bildung für den Unterricht auf. Weitere relevante Unterrichtsbehelfe werden als „Edition polis“ herausgegeben. Insgesamt wurden im Zeitraum 2020-2023 rd. 27.000 Druckexemplare an die Zielgruppe ausgegeben.

Jahr	Druckauflagen für Seminare und Veranstaltungen, Anzahl an gedruckten Publikationen
2020	6.100
2021	4.760
2022	10.125
2023	6.760

Von den „Informationen zur Politischen Bildung“ wurden vom Forum Politische Bildung seit dem Jahr 2020 acht vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung finanzierte Ausgaben herausgegeben.

(<https://www.politischebildung.com/informationen-zur-politischen-bildung>)

Ein breites Spektrum an Informationen und zeitgemäßen Lernmaterialien zu den Themenkomplexen Holocaust Education, Gedenkstättenpädagogik bzw. Antisemitismusprävention wird von erinnern.at im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung entwickelt. Zu den aktuellen Entwicklungen, die im Zusammenhang mit den genannten Komplexen stehen (z.B. die aktuelle Situation im Nahen Osten) stehen ebenfalls Handreichungen zur Verfügung. Alle Angebote werden jeweils in der Lernmaterialien-Datenbank veröffentlicht und sind unter <https://www.erinnern.at/lernmaterialien> abrufbar.

Zu lit. b wird angemerkt, dass thematisch passende Schulveranstaltungen und Exkursionen sowie die Unterrichtsbesuche von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen weiterhin unterstützt werden. Bezüglich der Förderung des Besuches von Gedenkstätten wird auf Frage 5 verwiesen. Neben den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen werden in einem Pilotprojekt Nachkommen und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der zweiten Generation in die Erinnerungs- und historisch-politische Bildungsarbeit eingebunden (Details siehe <https://www.erinnern.at/zeitzeuginnen>).

Zu den Fragestellungen unter lit. c und lit. d wird auf die Ausführungen zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

Die Pädagogischen Hochschulen bieten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung Qualifizierungsmaßnahmen zur Professionalisierung von Lehrkräften zur Vermittlung politischer Kompetenzen unter besonderer Berücksichtigung aktueller Entwicklungen an.

Studienjahr	Veranstaltungen	Teilnehmende
2022/23	682	17.903
2023/24	814	18.370
Gesamt	1.496	36.273

In Bezug auf die Fragestellung lit. f kann darauf verwiesen werden, dass bereits eine Verlinkung der Angebote zwischen dem Zentrum polis und der Demokratiewerkstatt/Demokratiewebstatt des Parlamentes stattfindet. So werden im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung die Veranstaltungen der Demokratiewerkstatt explizit beworben.

Zur Fragestellung unter lit. g wird angemerkt, dass die Umsetzung der unterschiedlichen Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention der engen Zusammenarbeit zwischen den Bildungsdirektionen, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der OeAD GmbH bedarf. Zu spezifischen Fragen, die an Schulstandorten auftreten, gibt es einen regelmäßigen Austausch zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und den Bildungsdirektionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Bildungsdirektionen entsprechend unterstützt und begleitet werden.

Wien, 15. Juli 2024

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek

